



Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA
Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers FINMA
Autorità federale di vigilanza sui mercati finanziari FINMA
Swiss Financial Market Supervisory Authority FINMA

FINMA-Risikomonitor 2022

Inhaltsverzeichnis

3 Risikomonitoring: zentrales Element der vorausschauenden Finanzmarktaufsicht

3 Aktuelle Entwicklungen

5 Hauptrisiken

5 Zinsrisiko (↑)

7 Kreditrisiko: Hypotheken (↑)

10 Kreditrisiko: übrige Kredite (↑)

11 Marktrisiko: Credit-Spread-Risiko (→)

13 Cyberrisiken (→)

14 Geldwäscherei und Sanktionen (↑)

16 Marktzugang Europa (↑)

17 Aufsichtsfokus der FINMA

19 Längerfristige Trends und Risiken

19 Decentralized Finance (DeFi)

21 Abkürzungsverzeichnis

Risikomonitoring: zentrales Element der vorausschauenden Finanzmarktaufsicht

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA ist eine unabhängige staatliche Aufsichtsbehörde und hat den gesetzlichen Auftrag, sich für den Schutz von Gläubigerinnen und Gläubigern, Anlegerinnen und Anlegern sowie Versicherten einzusetzen, ebenso wie für den Schutz der Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte. Sie trägt damit zur Stärkung des Ansehens sowie zur Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz bei.

Im Zentrum der Arbeit der FINMA steht die Aufsicht über den Finanzsektor. Sie soll sicherstellen, dass die beaufsichtigten Finanzinstitute auch in Zukunft nicht durch mögliche Risiken destabilisiert werden können. Ein wichtiges Element der Aufsichtstätigkeit der FINMA ist deshalb die Einschätzung der Risikolage der Beaufsichtigten.

Mit dem Risikomonitor schafft die FINMA gegenüber den Beaufsichtigten und der Öffentlichkeit zusätzliche Transparenz über die Art und Weise der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben.

Der Risikomonitor gibt einen Überblick über die aus Sicht der FINMA derzeit bedeutendsten Risiken für die Beaufsichtigten mit einem Zeithorizont von bis zu drei Jahren. Trendpfeile zeigen die Entwicklung der Risiken im Vergleich zum letzten Risikomonitor an. Weiter beschreibt der Risikomonitor anhand der Risiken den Fokus der Aufsichtstätigkeit der FINMA. Er beleuchtet zudem einen ausgewählten Trend, der den Schweizer Finanzmarkt langfristig und nachhaltig beeinflussen kann.

Die sechs Hauptrisiken aus dem letztjährigen Risikomonitor bleiben bestehen: Zinsrisiken, Kreditrisiken bei Hypotheken, Kreditrisiken bei übrigen Krediten, Risiken von Cyberangriffen, Risiken im Bereich der Geldwäschereibekämpfung sowie Risiken wegen eines erschwerten grenzüberschreitenden Marktzugangs. Zudem wird im Vergleich zum letzten Jahr zusätzlich die Ausweitung der «Credit Spreads» als

separater Risikotreiber beurteilt und als weiteres Risiko aufgeführt.

Aktuelle Entwicklungen

Das globale Wirtschaftswachstum hat in den vergangenen Monaten aufgrund des Kriegs in der Ukraine deutlich an Schwung verloren. Angesichts des hohen Inflationsdrucks haben die Zentralbanken ihren geldpolitischen Kurs durch Zinserhöhungen verschärft. Auch in der Schweiz endete am 22. September 2022 eine längere Phase mit negativem Leitzins.

Die unsichere weitere Entwicklung der Inflation, der Zinssätze sowie des Wirtschaftswachstums birgt Risiken. Dies erhöht die Verwundbarkeit des Finanzsystems bei Marktkorrekturen beispielsweise aufgrund einer Leitzinserhöhung oder einer Verschlechterung der Konjunkturaussichten. Darüber hinaus haben sich die Unternehmen und Staaten während der Corona-Pandemie weltweit erheblich weiter verschuldet. Diese Faktoren machen die Finanzmärkte sensibler und volatiler bei möglichen negativen Schocks.

Hinweis

Bei den genannten Risiken und Aufsichtsschwerpunkten handelt es sich um eine nicht abschliessende Auswahl. Andere nicht erwähnte Risiken könnten ebenfalls sehr wichtig sein oder werden. Der Risikomonitor ist ausdrücklich nicht als Grundlage für Anlageentscheide gedacht. Das Eintreffen von Extremereignissen (sogenannten Tail Risks) ist immer möglich, auch bei Risiken, die von der FINMA als vergleichsweise moderat eingestuft und deshalb im Risikomonitor nicht präsentiert werden.

Hauptrisiken

Die FINMA verfolgt in ihrer Aufsichtstätigkeit einen risikoorientierten Ansatz. Einerseits richtet sich die Intensität der Überwachung nach den Risiken, welche die Finanzmarktteilnehmer eingehen, andererseits aber auch nach den primären Risiken, die sich aus dem aktuellen Umfeld ergeben. Nachfolgend sind aus Sicht der FINMA sechs Hauptrisiken für die Beaufsichtigten und den Schweizer Finanzplatz mit einem Zeithorizont von bis zu drei Jahren beschrieben. Die Pfeile in den Überschriften zeigen Veränderungen im Vergleich zum vorjährigen FINMA-Risiko-monitor: Das Risiko hat sich verstärkt (↑), ist gleich geblieben (→) oder hat abgenommen (↓).

Zinsrisiko (↑)

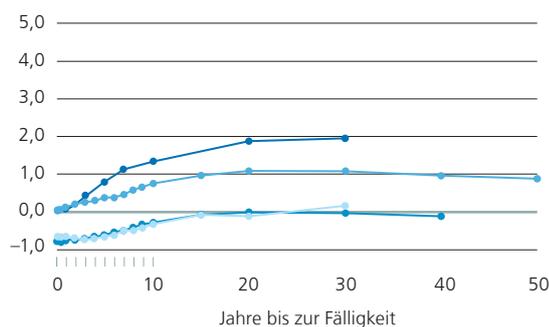
Der anhaltende Inflationsdruck hat sowohl in der Schweiz wie auch in anderen Ländern zu einer Verschärfung der Geldpolitik mit Leitzinserhöhungen geführt. Trotzdem verbleiben die Nominalzinsen und vor allem die Realzinsen nach Abzug der auch in der Schweiz stark zunehmenden Inflation auf niedrigem

Niveau. Steigende Zinsen könnten zu einem Rückgang von bestehenden Verwundbarkeiten führen. Bei einem abrupten Zinsschock nach oben könnten Finanzmarktteilnehmende jedoch substantielle Verluste erleiden. Vieles hängt vom weiteren Verlauf der Inflation ab. Die FINMA schenkt den damit verbundenen Risiken unverändert grosse Aufmerksamkeit.

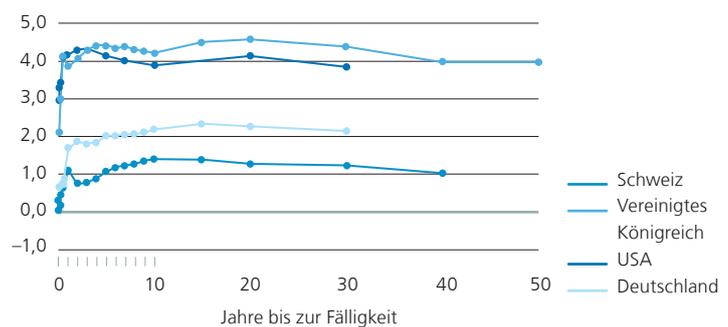
Die Inflation und die steigenden Zinsen haben an den Märkten für Staatsanleihen Spuren hinterlassen. Wie die Grafiken in der Abbildung «Zinskurven für Staatsanleihen» zeigen, befindet sich die Schweizer-Franken-Zinskurve im Gegensatz zum Vorjahr ausschliesslich im positiven Bereich. Seit Anfang 2022 sind die Renditen von Zehn-Jahres-Eidgenossen erstmals seit Langem wieder deutlich im positiven Bereich. Auch die Sätze für kürzere Laufzeiten (etwa zweijährige Staatsanleihen) sind seit der Leitzinserhöhung der Nationalbank deutlich gestiegen. So widerspiegelt eine Erhöhung der Zinskurve die steigenden Inflations- und Zinserwartungen. Die Grafiken zeigen

Zinskurven für Staatsanleihen

Per 8. Oktober 2021, in Prozent pro Jahr



Per 8. Oktober 2022, in Prozent pro Jahr



Quelle: Refinitiv Datastream

zudem, dass in der Schweiz die langfristigen Zinsen im Vergleich zu anderen Währungsräumen am tiefsten sind. In den USA sind die Renditen von zehnjährigen Staatsanleihen im Berichtsjahr um fast 2,5 Prozentpunkte gestiegen.

Für Banken haben steigende Zinssätze folgende Konsequenzen:

1. Profitabilität und Geschäftsmodelle: Solange die Zinsen nicht nachhaltig nahe bei null verharren, können höhere Zinsen zu grösseren Zinsmargen (vorab bei Kundeneinlagen) führen. Damit steigt die Profitabilität von Banken im Zinsdifferenzgeschäft. Mit den steigenden Zinsen erhöht sich aber auch das Kreditausfallrisiko (siehe nachfolgende Kapitel zu den Kreditrisiken). Zudem erhöhen sich die Finanzierungskosten von Beaufsichtigten und deren Kunden. Dies führt dazu, dass vermehrt Absicherungsinstrumente eingesetzt werden, um den Kosten höherer Zinsen rechtzeitig entgegenzuwirken. Ein bedeutender plötzlicher Zinsschock nach oben würde jedoch zunächst die Profitabilität beeinträchtigen und zu sich materialisierenden Bilanzrisiken führen.
2. Kundenverhalten: Das Kundenverhalten ist aktuell schwierig abzuschätzen, da es stark von den künftigen finanzwirtschaftlichen Entwicklungen abhängig ist. Bankguthaben bleiben unter weiterhin niedrigen Guthabenzinssätzen in Kombination mit der steigenden Inflation vergleichsweise unattraktiv. In einem Umfeld hoher und steigender Inflation werden Anleihrenditen steigen (und die Kurse ausstehender Anleihen fallen). Auch die Aktienmärkte werden leiden, da die Rezessionswahrscheinlichkeit steigen und Liquidität von den Zentralbanken zurückgezogen werden wird. Ein mögliches Ausweichverhalten von Bankkundinnen und -kunden ist deshalb schwierig einzuschätzen.

3. Verzerrung der Risikowahrnehmung: Im Niedrigzinsumfeld mit negativen Realzinsen wird die Risikowahrnehmung von Finanzmarktteilnehmern möglicherweise verzerrt. Die Risikoprämie für ein Produkt kann von Anlegerinnen und Anlegern oder Finanzinstituten als verhältnismässig klein wahrgenommen werden, obwohl das unterliegende Risiko in Tat und Wahrheit bedeutend ist. Dies kann Fehlanreize im Investitionsverhalten oder sogar Vermögenspreisblasen zur Folge haben. Ein abrupter Anstieg der Zinsen kann in der Folge zu hoher Volatilität und Verlusten führen, mit den entsprechenden Konsequenzen für die Anlegerinnen und Anleger (etwa bei Geldmarkthypotheken) sowie die Finanzinstitute. Letztere müssen diesem Risiko primär mit einem angemessenen Risikomanagement, ausreichend Kapital sowie einer guten Kundenaufklärung begegnen.

Versicherungen sind von den steigenden Zinsen im Allgemeinen etwas weniger betroffen als oben ausgeführt, da diese neben sinkenden Anleihewerten auch zu einer Reduktion der Verbindlichkeiten in ökonomischer Sicht führen.

Dennoch resultiert in einigen Fällen gesamthaft eine negative Auswirkung auf den SST¹-Quotienten. Dies liegt daran, dass ein perfektes Hedging von Zinsrisiken in der Regel nicht möglich ist. Zudem beruht die aktuelle Zinskurve im SST für lange Laufzeiten nicht ausschliesslich auf Marktwerten und reagiert deshalb träger auf Zinsänderungen.

¹Mit dem Schweizer Solvenztest (SST) wird die Kapitalisierung eines Versicherungsunternehmens beurteilt. Mindestens einmal jährlich reichen die Versicherungsunternehmen den SST-Bericht ein, der von der FINMA geprüft wird.

Kreditrisiko: Hypotheken (↑)

Das Kreditrisiko bei Hypothekendarfinanzierungen hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen, da einerseits Tragbarkeitsrisiken bei neu abgeschlossenen Hypotheken zugenommen haben und andererseits Fundamentalfaktoren auf eine Überhitzung im Immobilienmarkt hindeuten. Das markante Preiswachstum bei Eigenheimen hat sich auch im jüngst veränderten makroökonomischen Umfeld wenig abgeschwächt. Bei den Renditeliegenschaften hat es kürzlich sogar zugenommen. Die Nachfragedämpfung aufgrund der gestiegenen Hypothekarzinsen, die die Finanzierung verteuern, wird von der erstarkten Nachfrage überkompensiert. Im veränderten Zinsumfeld steigt die Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen, was zu bedeutenden Verlusten für die Beaufsichtigten führen kann.

Beaufsichtigte Institute gehen bei der Hypothekarvergabe ein Kreditrisiko mit zwei Aspekten ein: Einerseits besteht das Risiko, dass die Kundinnen und Kunden den Zins- und Amortisationsverpflichtungen nicht nachkommen können und es beim kreditgebenden Institut zu einem Kreditausfall kommt; andererseits besteht das Risiko, dass der Wert der Liegenschaft, der als Sicherheit dient, zum Zeitpunkt des Ausfalls sinkt und so Verluste entstehen. Das Risiko eines Ausfalls ist umso kleiner, je besser die Tragbarkeit ist. Das Risiko eines grossen Verlusts im Falle eines Ausfalls nimmt zu, wenn die Immobilienpreise in einer Krise einbrechen. Dieses Risiko kann vermindert werden, wenn die Belehnung nicht übermässig hoch ist und von den Kreditnehmenden genügend Eigenmittel verlangt werden. Vorgaben zur Belehnung gibt es in der Selbstregulierung des Bankensektors. Die entsprechenden Vorgaben für die Finanzierung von Renditeliegenschaften wurden per 1. Januar 2020 verschärft. Zur Tragbarkeit gibt es keine quantitativ verbindlichen Vorgaben.

Tragbarkeitsrisiken haben in den letzten vier Jahren bei neu abgeschlossenen Hypotheken sowohl bei Finanzierungen von Eigenheimen auch bei solchen

von Renditewohnliegenschaften zugenommen. Dies liegt zum einen daran, dass in beiden Segmenten knappere Tragbarkeitsberechnungen akzeptiert wurden. So hat die FINMA im Rahmen von Vor-Ort-Kontrollen oder Anfragen an die Beaufsichtigten beobachtet, dass teilweise lockere Kreditvergabekriterien angewendet werden. Zum anderen hat der Anteil variabel verzinslicher Hypothekarkredite aufgrund der deutlich gestiegenen Zinsen für lange Fristen stark zugenommen. Damit steigen wiederum die Tragbarkeitsrisiken.

Die Belehnungswerte sind bei neuen Finanzierungen von Eigenheimen über die letzten Jahre stabil geblieben. Bei den Renditewohnliegenschaften ist der Anteil mit hohem Belehnungswert aufgrund der verschärften Richtlinien der Selbstregulierung gesunken.

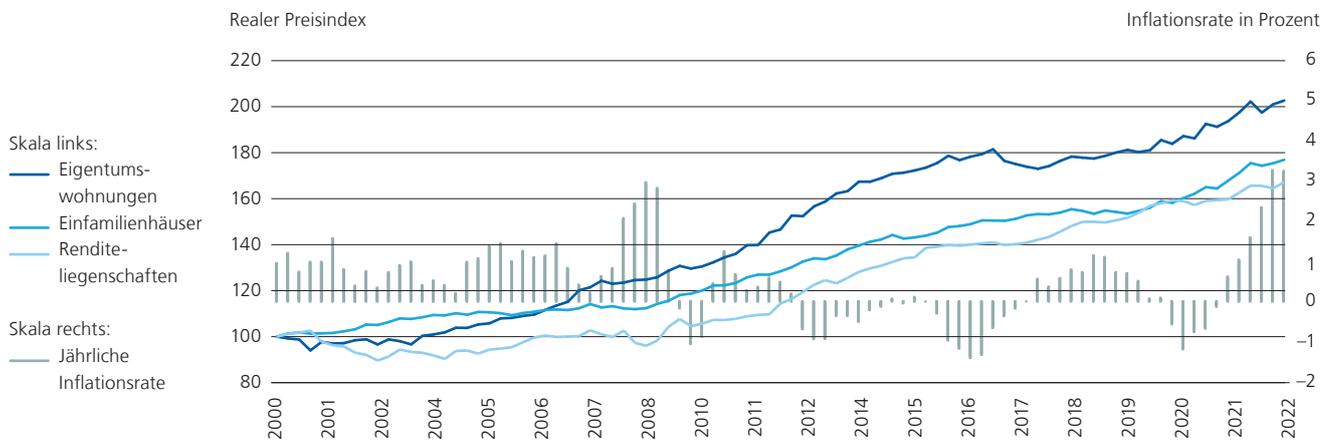
Insgesamt ist das Volumen an Hypothekarforderungen weiterhin gestiegen, allerdings etwas langsamer als im Vorjahr. Aufgrund der Erholung der Wirtschaft nach der Pandemie ist das Verhältnis von Hypothekarforderungen zum Bruttoinlandprodukt seit 2008/09 erstmals nicht weiter gestiegen. Der Anteil an Finanzierungen von Buy-to-Let-Objekten ist seit dem dritten Quartal 2021 kontinuierlich zurückgegangen, vermutlich weil seither die Hypothekarzinssätze vor allem für lange Fristen deutlich zugenommen haben.

Bei den Eigenheimen hat sich die Wachstumsdynamik zuletzt ein wenig verlangsamt. Die deutlich gestiegenen Finanzierungskosten dürften eine dämpfende Wirkung auf die Hypothekarkreditnachfrage haben. Aufgrund des knappen Angebots an Kaufobjekten besteht aber immer noch ein Nachfrageüberhang, sodass auch die inflationsbereinigten Preise weiterhin gestiegen sind (siehe Abbildung «Reale Immobilienpreise»). Dies deutet auf eine Überhitzung hin.

Auch bei den Renditewohnliegenschaften wurde nach einem Seitwärtstrend von Anfang 2021 bis Mit-

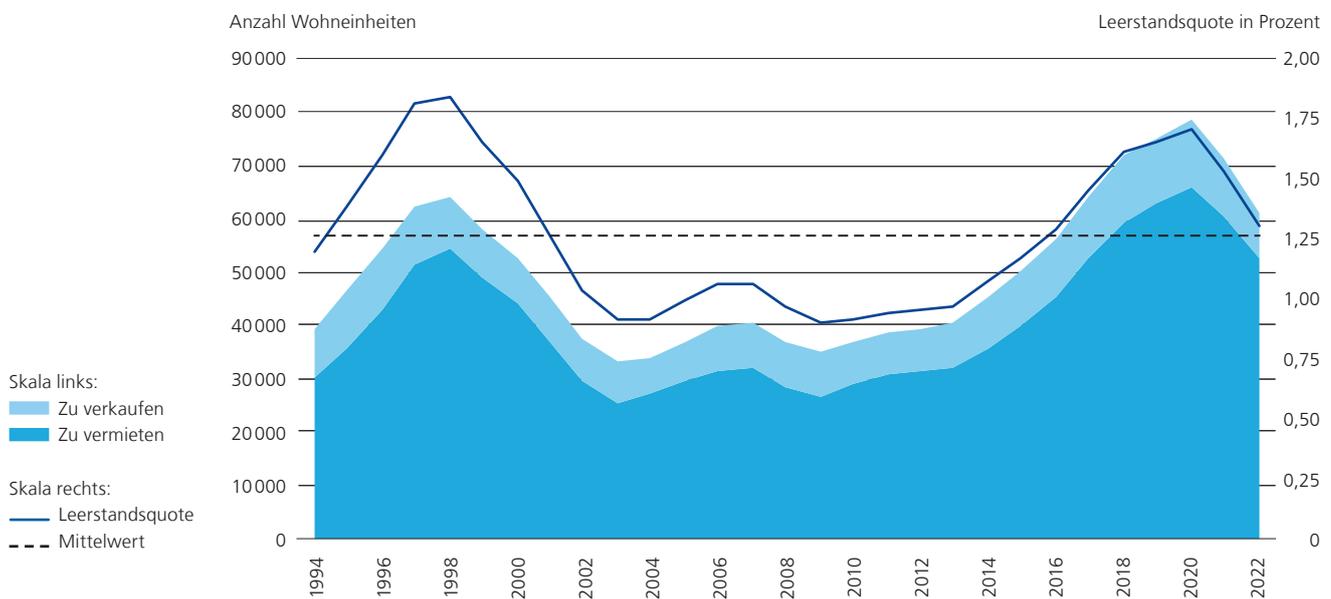
Reale Immobilienpreise (inflationbereinigt)

Indexiert auf erstes Quartal 2000



Quelle: Wüest Partner, IAZI (Immobilienpreise), Bundesamt für Statistik (BFS) (Landesindex der Konsumentenpreise)

Leer stehende Wohnungen in der Schweiz, unterteilt nach «zu verkaufen» und «zu vermieten» sowie Leerstandsquote



Quelle: BFS

te 2022 wieder ein deutlicher Preisanstieg verzeichnet, was sich auch bei den um Inflation bereinigten Preisen zeigt (siehe Abbildung «Reale Immobilienpreise», links oben). Da die kräftige Zuwanderung die Nachfrage nach Mietwohnungen stärkt und das Angebot rückläufig ist, sind die Angebotsmieten erneut gestiegen. Gleichzeitig sind auch die Leerstände nochmals gesunken (siehe Abbildung «Leer stehende Wohnungen in der Schweiz», links unten). Die damit verbundene Ertragssteigerung aus Mieteinnahmen stützt die Nachfrage nach Renditewohnliegenschaften seitens Investoren trotz gestiegenen Hypothekarzinsen. Nutzer- und Anlegermarkt entwickeln sich seit Jahren erstmals wieder parallel, und die gestiegenen Preise können durch die Nachfrage begründet werden. Das Ende des Negativzinsumfelds eröffnet für die Investoren allerdings neue Anlagealternativen. Auch die stark gestiegenen Preise für Baumaterialien dürften sich dämpfend auf Entwicklungsprojekte und somit das Angebot auswirken.

Die Folgen einer Immobilienkrise wären für den Schweizer Finanzplatz erheblich. Wenn die Immobilien deutlich an Wert verlören, wären die Kredite viel weniger gedeckt als bei deren Vergabe angenommen wurde. Daraus würden Verluste für die hypothekarkreditvergebenden Institute resultieren. Stress-tests der FINMA zeigen, dass eine Immobilienkrise mit starken Preiskorrekturen zu Verlusten im zweistelligen Milliardenbereich bei den Banken führen könnte. In einer schweren Immobilienkrise hätten einige Banken zu wenig für das Hypothekarportfolio gehaltene verlustabsorbierende Eigenmittel, um die entsprechenden Verluste zu tragen. Angesichts des insgesamt hohen Hypothekarkreditvolumens kommt der Kapitalhaltung der Banken eine grosse Bedeutung zu. Auf Antrag der Schweizerischen Nationalbank und nach Konsultation der FINMA wurde per

Ende September 2022 der antizyklische Kapitalpuffer reaktiviert. Dieser erhöht die Eigenmittelpolster der kreditvergebenden Banken.

Auch Versicherungsunternehmen würden in einer Immobilienkrise empfindliche Verluste in ihren Hypothekar- und Immobilienportfolien erleiden. Für Immobilienfonds hätten Preiskorrekturen Bewertungsverluste und daraus resultierende Mittelabflüsse zur Folge und könnten Liquiditätsprobleme nach sich ziehen.

Kreditrisiko: übrige Kredite (↑)

Das Kreditgeschäft ist stark geprägt von der allgemeinen konjunkturellen Lage. Die Folgen des Kriegs in der Ukraine intensivieren die bereits bestehenden Lieferengpässe sowie den Preisanstieg bei Rohstoffen und Energie. Diese Entwicklungen sowie das sich ändernde Zinsumfeld können bei Unternehmen zu einem grösseren Liquiditätsbedarf und einer verschlechterten Bonität führen. Dies erhöht die Ausfallwahrscheinlichkeit der Kredite. Gewinneinbrüche und sinkende Marktbewertungen könnten zu Verlusten auf Lombardkrediten sowie Unternehmenskrediten führen. Dies ist jedoch abhängig von der ungewissen gesamtwirtschaftlichen Lage.

In der langen Phase niedriger Zinssätze ist das Kreditvolumen deutlich gestiegen. Ein Umfeld mit hoher Inflation, rückläufigem Wachstum und einer restriktiven Geldpolitik ist kein gutes Umfeld für Kreditmärkte und trifft Beaufsichtigte wie folgt:

- Die Ausfälle im internationalen Firmenkreditgeschäft werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zunehmen. Global tätige Schweizer Banken, insbesondere die beiden Grossbanken, vergeben an Unternehmenskunden ausserhalb der Schweiz Kredite, die nicht oder nur zum Teil an Investoren weiterverkauft werden. Daher bleiben die Risiken von Wertanpassungen bei diesen Krediten mindestens teilweise in den Bilanzen dieser Banken. Die international operierenden Schweizer Banken sind im Bereich Leveraged Finance aktiv (primär Vergabe von Unternehmenskrediten für eine kreditfinanzierte Unternehmensübernahme). Sie bündeln und syndizieren Kredite zum Verkauf an Investoren mit höherem Risikoappetit, unter anderem aufgrund der tiefen Zinsen. Risiken können sich auch in anderen Bereichen des Investmentbankings materialisieren. Beispiele für grössere Ausfälle im internationalen Kreditgeschäft sind das Family Office Archegos, die Finanzierungsgesellschaft Greensill, die chinesi-

sche Immobiliengesellschaft Evergrande oder die schwierige Platzierung der Leveraged Debt des Software-Unternehmens Citrix. Auch Schweizer Banken waren von diesen Entwicklungen teilweise betroffen.²

- Die Qualität der Firmenkundenkreditportfolios der inländischen Banken könnte ebenfalls unter den Auswirkungen einer konjunkturellen Verschlechterung oder einer Erhöhung der Energiekosten sowie unter Engpässen oder Stromausfällen leiden, wobei die Auswirkungen je nach Branche unterschiedlich sind.
- Das Lombardkreditportfolio³ ist ein wesentlicher Bestandteil der Aktiven der international tätigen Banken. Aufgrund der volatilen Märkte sind die als Sicherheiten hinterlegten Wertschriften grossen Bewegungen, insbesondere nach unten, ausgesetzt. Möglicherweise sind die von den Banken angewendeten Haircuts zu gering, sodass die Kredite mit zu wenig Sicherheiten unterlegt sind. Kunden können unter Umständen Margin Calls nicht bedienen, was zu Kreditausfällen und Verlusten führen kann.
- Während das Kreditrisiko bei Banken insbesondere über Kreditausfälle eintritt, sind Versicherer und Asset Manager eher von Bonitätsverschlechterungen oder höheren Ausfallraten von Emittenten von Anleihen sowie von Wertkorrekturen auf Aktien betroffen.

² Es ist anzumerken, dass die wichtigsten Ausfälle teilweise komplexe Kreditstrukturen mit hohem Hebel und konzentrierten oder weniger liquiden Sicherheiten als erwartet beinhalteten.

³ Lombardkredite sind besicherte Kredite, die in erster Linie an Privatkunden im Bereich Vermögensverwaltung vergeben werden. Die Besicherung besteht in den meisten Fällen aus Wertschriftenportfolios.

Marktrisiko: Credit-Spread-Risiko (↔)

Aufgrund der weltweit anziehenden Inflation und der schwächer werdenden Konjunktur haben sich die Renditezuschläge (Credit Spreads) für Unternehmensanleihen seit Anfang des Jahres wieder leicht erhöht. Auch die Risikoaufschläge für Staatsanleihen in der Eurozone sind gestiegen und sind höher als vor der Pandemie. Das Credit-Spread-Risiko bezeichnet die Gefahr eines Verlusts infolge von Änderungen der Renditezuschläge.

Die Unsicherheit bei den Investorinnen und Investoren aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine sowie die drohenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft können zu einem Ansteigen der Risikoaversion und damit zu höheren Renditeaufschlägen führen. Seit Ausbruch des Krieges haben sich auch die Risikoaufschläge für Staatsanleihen in vielen Län-

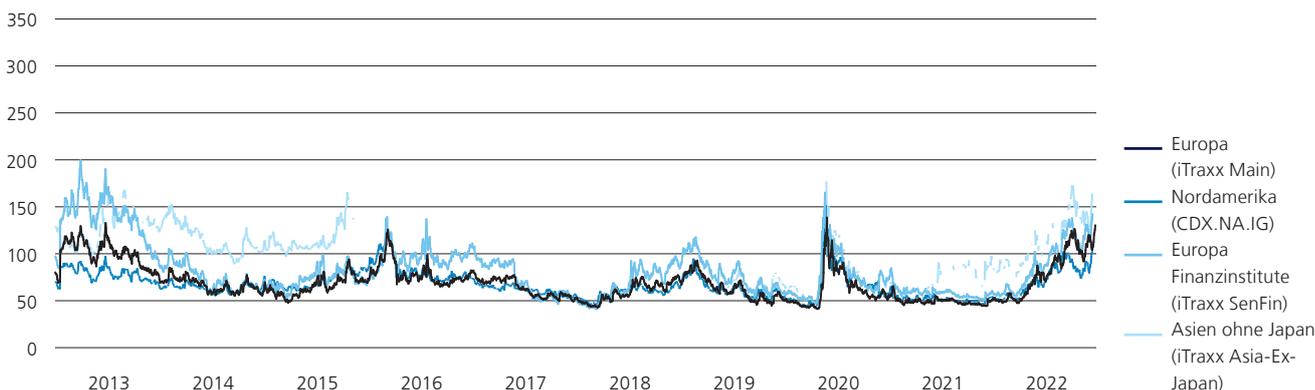
dern erhöht. Zudem hat die Verschuldung der Unternehmen sowie auch der Staaten im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt zu Beginn der Pandemie stark zugenommen und ist bisher kaum zurückgegangen. Somit haben sich die Verwundbarkeiten dieser Märkte gegenüber künftigen Schocks weiter erhöht.

Mögliche Erhöhungen der Renditezuschläge für Unternehmens- oder Staatsanleihen würden Beaufschlagte wie folgt treffen:

- Banken: Bei einer schnellen, substantiellen Ausweitung der Renditeaufschläge könnten Banken einerseits direkte Wertverluste auf ihren Portfolios erfahren. Dies betrifft eine breite Palette von Finanzprodukten wie Obligationen, Verbriefungen oder Kredite an hoch verschuldete Gegenparteien. Andererseits kann eine Erhöhung der

Benchmark Credit Default Swap (CDS)-Indizes auf Anleihen mit guter bis sehr guter Bonität (Investment Grade)

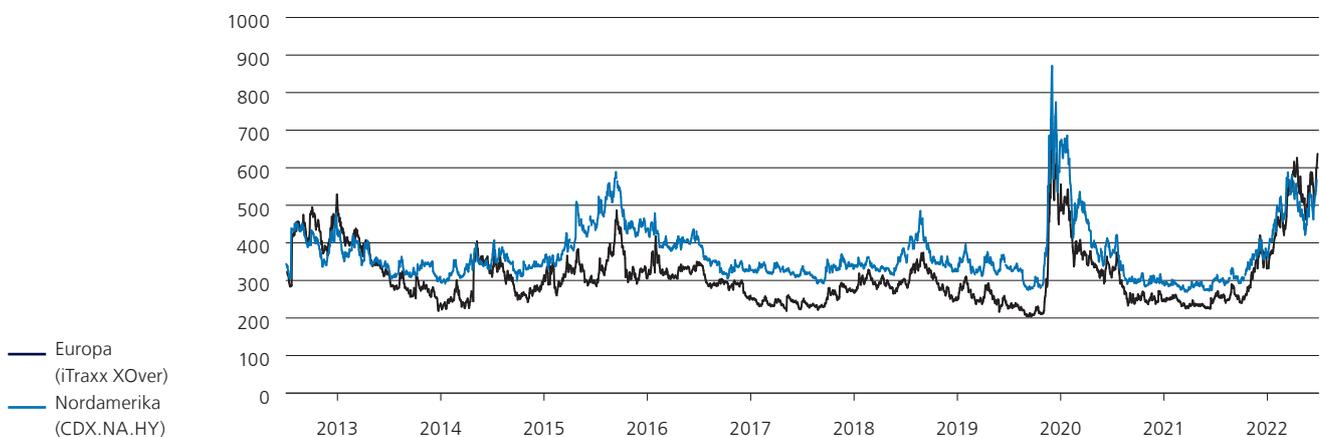
Basispunkte pro Jahr



Quelle: Bloomberg

Benchmark Credit Default Swap (CDS)-Indizes auf Hochzinsanleihen (High Yield)

Basispunkte pro Jahr



Quelle: Bloomberg

Renditezuschläge materielle Folgen für die Kreditwertanpassung (Credit Valuation Adjustments) von Gegenparteien bei Derivatetransaktionen haben. Weiter können Banken auch negativ betroffen sein, wenn die Kosten für die Weiterführung von Absicherungen gegenüber Kreditausfällen ansteigen.

- Versicherungen: Da im Schweizer Solvenztest (SST) die Aktiven marktkonsistent bewertet werden, würden substanzielle Spread-Korrekturen in den Unternehmensanleihen zur Reduktion des risikotragenden Kapitals und des SST-Quotienten vieler Versicherer führen.

Gemessen in Marktwerten sind ein Drittel der Anleihen in den Portfolios von Schweizer Versicherungsunternehmen Unternehmensanleihen. Davon haben 17 Prozent ein Rating von AA– oder besser, 34 Prozent ein Rating zwischen A+ und A–, 42 Prozent ein Rating zwischen BBB+ und BBB. Für 6 Prozent der

Unternehmensanleihen liegt entweder kein Rating oder ein Rating im Subinvestmentgradbereich vor. Unternehmensanleihen mit schlechterem Rating sind meist anfälliger auf Schwankungen bei den Renditezuschlägen.

Da im gebundenen Vermögen Anleihen mittels Kostenamortisationsmethode bewertet werden, reagieren diese nur auf Ausfälle oder Verschlechterungen der Kreditwürdigkeit, nicht aber auf Änderungen der Zinsen oder Renditezuschläge.

Cyberisiken (↔)

Eine Zunahme der Professionalisierung der Akteure und immer kürzer werdende Zeitspannen zwischen Bekanntgabe und Ausnutzung von kritischen Sicherheitslücken halten auch die Finanzbranche auf Trab. Ein erfolgreicher Angriff kann zu Ausfällen und Unterbrechungen von Informations- und Kommunikationstechnik-Systemen führen und die Schutzziele Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität gefährden. Konkrete Risikotreiber sind ein unzureichendes Bewusstsein für den Umgang mit Cyberisiken – sei es bei den Mitarbeitenden oder aufgrund einer unangemessenen Governance. Zudem sind die Cyberprozesse bei vielen Instituten zu fragmentiert, als dass diese eine umfassende Einschätzung über die eigene Cyberisikolage treffen könnten. Das Risiko bleibt deshalb unverändert hoch.

Regelmässig sorgen erfolgreiche Cyberangriffe auf etablierte Unternehmen in der Schweiz und weltweit für Schlagzeilen. Cyberangriffe werden immer ausgefeilter, und Angreifende entwickeln ständig neue

Methoden. Zudem tauchen auch immer wieder Sicherheitslücken auf, welche die Unternehmen sehr schnell schliessen bzw. mitigieren müssen. Jüngstes Beispiel ist die «Log4j»-Schwachstelle, eine Lücke in einer weitverbreiteten Protokollierungsbibliothek für Java-Anwendungen, die Ende 2021 auftauchte und sehr einfach über das Internet angegriffen werden konnte. Viele der Beaufsichtigten reagierten schnell, um die Lücke zeitnah unter Kontrolle zu bringen. Insbesondere Unternehmen, die für solche Szenarien Anleitungen und Verfahren vorbereitet und diese während der regulären Geschäftstätigkeit erprobt hatten, waren in der Lage, den Vorfall effektiv und zeitnah zu bewältigen.

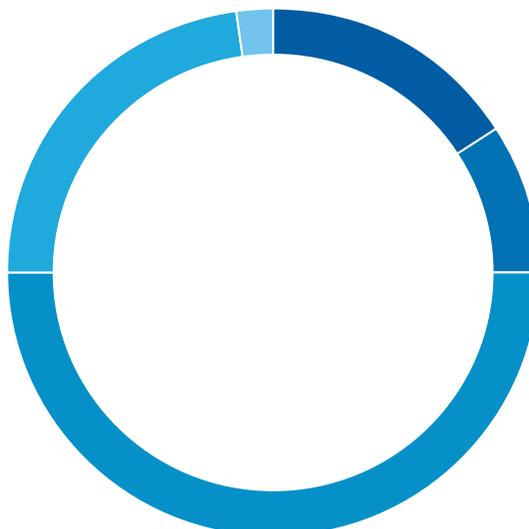
Die FINMA-Beaufsichtigten haben der FINMA zwischen September 2020 und September 2022 insgesamt 145 Cyberattacken gemeldet. Seit der Publikation des letzten Risikomonitor sind 65 Angriffe hinzugekommen. Die Auswertung der gemeldeten Angriffe der letzten zwölf Monate (siehe Abbildung unten) zeigt, dass sich der Schwerpunkt der Angriffe

Verteilung der während der letzten zwölf Monate bei der FINMA eingegangenen Cybermeldungen

Angriffstyp

in Prozent

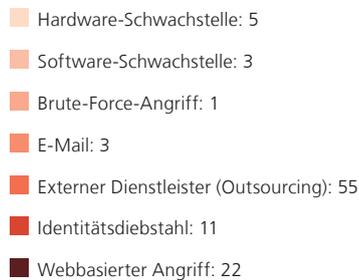
- DDoS: 16
- Identitätsmissbrauch: 9
- Schadsoftware: 50
- Unautorisierter Zugriff: 23
- Unsachgemässe Benutzung: 2



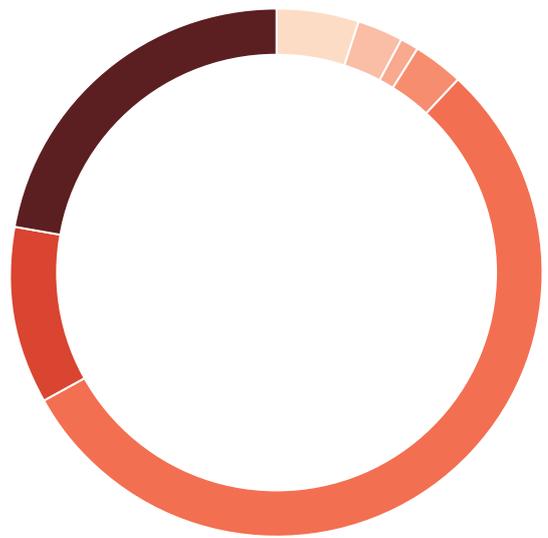
Quelle: FINMA

Angriffsvektor

in Prozent



Quelle: FINMA



vom Angriffstyp «Distributed Denial of Service» (DDoS)⁴ zu Schadsoftware (vorab via externe Dienstleister) verschoben hat. Die häufigste Angriffsmethode war der Angriff über einen externen Dienstleister im Rahmen eines Outsourcings.

Aufgrund ihrer Aufsichtstätigkeit sieht die FINMA gegenwärtig folgende Risikotreiber im Vordergrund:

- Einige der Beaufsichtigten haben keine oder unvollständige Reaktionspläne für Cyber-Vorfälle im Einsatz oder überprüfen diese nicht auf ihre Effektivität.
- Beaufsichtigte integrieren das Cyberrisiko nicht explizit in ihr qualitatives Management der operationellen Risiken. So kann kein systematisches und umfassendes Management der Cyberrisiken gewährleistet werden.
- Beaufsichtigte definieren die Cyberrisiken und ihre dazugehörige Risikotoleranz ungenügend, oder es besteht gar kein Cyberschutzkonzept.
- Beaufsichtigte haben teilweise keine klaren Anforderungen hinsichtlich der Cybersicherheit an die Dienstleister oder führen keine regelmässige Überprüfung ihrer Einhaltung durch.

⁴Dabei wird eine bestimmte Infrastruktur mit einem Netzwerk von meist fremdgesteuerten Computern blockiert.

Geldwäscherei und Sanktionen (↑)

Der Schweizer Finanzplatz ist ein weltweit führender grenzüberschreitender Vermögensverwaltungsstandort für Privatkunden. Dadurch ist er gegenüber Geldwäschereirisiken besonders exponiert. Verletzungen von Sorgfalts- und Meldepflichten können für Finanzinstitute sowohl im Ausland als auch in der Schweiz rechtliche Konsequenzen und Reputationsschäden zur Folge haben. Das Geldwäschereisiko ist im laufenden Jahr hoch geblieben. Zudem bergen die Sanktionspflichten im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg reputationelle und operationelle Risiken für die Beaufsichtigten.

Neukundinnen und Neukunden für den Schweizer Vermögensverwaltungsstandort sind oft in Schwellenländern mit hoher Korruptionsgefahr zu finden. Die verschiedenen globalen Korruptions- und Geldwäschereiskandale und die zahlreichen Verletzungen von Geldwäschereivorschriften durch Finanzinstitute zeigen, dass die Risiken für Finanzinstitute im grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft hoch bleiben. Erfahrungsgemäss können neben vermögenden Privatkundinnen und -kunden, die sich als politisch exponierte Personen qualifizieren lassen,

auch staatliche oder staatsnahe Betriebe sowie Staatsfonds in die mit Korruption und Veruntreuung verbundenen Finanzflüsse involviert werden. Insbesondere in der Vermögensverwaltung kommt risikohöhernd hinzu, dass oft mit komplexen Strukturen operiert wird. Hierbei handelt es sich nicht nur um einzelne Strukturen, die aufgrund ihrer komplexen Zusammensetzung zu Intransparenz bei der wirtschaftlichen Berechtigung an den Vermögenswerten führen können, sondern auch um Geflechte an Geschäftsbeziehungen, bei denen sich aufgrund der Verwendung von mehreren Sitzgesellschaften der wirtschaftliche Zweck nicht erschliesst und die zur Verschleierung der Herkunft von inkriminierten Geldern genutzt werden können.

Der Schweizer Finanzplatz blieb in der Vergangenheit nicht von diversen Geldwäschereiskandalen verschont. Viele Fälle haben Folgendes klar gezeigt: Der Compliance-Rahmen einer Bank muss mit dem Risikoappetit Schritt halten. Hierbei spielt unter anderem die jährliche Risikoanalyse eine wichtige Rolle. Ein Finanzinstitut muss nicht nur stetig im Blick haben, ob die Risiken, die es auf sich nimmt, tatsächlich seiner jeweiligen Geschäftstätigkeit entsprechen, sondern auch sicherstellen, dass diese mit Kontrollmechanismen ausreichend abgemildert sind.

Die Zunahme der Anzahl MROS-Meldungen über die letzten Jahre kann auf einen Kulturwandel und auf bessere Kontrollsysteme hindeuten, allerdings auch auf fortbestehende sehr hohe Risiken. Die eingegangenen Meldungen bei der MROS und die Berechnungen dazu zeigen eine Zunahme von rund zwölf Prozent gegenüber 2020.⁵ Wie schon im Vorjahr war das Transaktionsmonitoring im Jahr 2021 die Informationsquelle, die am häufigsten zu einem Verdacht der Finanzintermediäre geführt hat (33 Prozent). Allerdings geht der hohe Prozentsatz der Verdachtsmeldungen, die vom Transaktionsmonitoring ausgelöst wurden, gemäss Ausführungen der MROS zum Teil auf Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit der

Erteilung von Covid-Krediten zurück. Informationen von Dritten und Medienberichten stehen nach wie vor an zweiter und dritter Stelle und machen kumuliert 42,6 Prozent aus, womit Finanzinstitute sich weiterhin stark auf externe Informationen abstützen.

Zu den herkömmlichen Geldwäschereirisiken vor allem in Verbindung mit der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung kommen vermehrt Risiken im Kryptobereich hinzu, insbesondere im Zusammenhang mit Kryptowährungen. Einerseits ermöglichen die neuen Technologien Effizienzsteigerungen im Finanzbereich, andererseits kann sich die Gefahr der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung aufgrund der potenziell grösseren Anonymität sowie aufgrund der Geschwindigkeit und der grenzüberschreitenden Natur der Transaktionen akzentuieren. Insbesondere Kryptowährungen werden etwa bei Cyberattacken oder bei illegalem Handel im Darknet als Zahlungsmittel verwendet. Auch für Fintech-Unternehmen können die Geldwäschereirisiken erheblich sein. In diesem Bereich tätige Finanzinstitute ohne adäquate Risikoabwehr im Hinblick auf Geldwäscherei könnten die Reputation des Finanzplatzes stark beeinträchtigen.

Angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine hat der Bundesrat am 28. Februar 2022 beschlossen, die Sanktionspakete der Europäischen Union (EU) zu übernehmen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) ist zuständig für die Kontrolle des Vollzugs der Sanktionen. Für die Überwachung der aufsichtsrechtlichen Organisationsvorschriften im Finanzmarktrecht ist die FINMA zuständig. Diese Vorschriften verlangen, dass die beaufsichtigten Finanzinstitute alle Risiken, einschliesslich Rechts- und Reputationsrisiken, angemessen erfassen, begrenzen und überwachen sowie ein wirksames internes Kontrollsystem errichten. Dies schliesst auch den Umgang mit Sanktionen ein. Die Verordnung über Massnahmen im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine umfasst nicht nur die üblichen Finanzsanktionen gegen

⁵ Anders als früher können die Finanzintermediäre im neuen Informationssystem goAML mehrere verdachtsbegründende Elemente für ihre Meldung angeben.

bestimmte aufgelistete Personen und Unternehmen, sondern auch Verbote von bestimmten Finanzdienstleistungen für russische Staatsangehörige und in der Russischen Föderation ansässige natürliche Personen und Unternehmen. Das korrekte Einhalten von Sanktionen ist operationell herausfordernd und erfordert eine hohe Sorgfalt. Die Verletzung von Sanktionsvorschriften birgt hohe Rechts- und Reputationsrisiken für die einzelnen Institute, aber auch für den Finanzplatz Schweiz als Ganzes.

Marktzugang Europa (↑)

Änderungen und Einschränkungen des Zugangs der Schweizer Finanzinstitute zu bedeutenden ausländischen Zielmärkten insbesondere in Europa können Auswirkungen auf die Ertragssituation des Schweizer Finanzplatzes haben. Das Risiko einer Einschränkung des Marktzugangs zur EU hat sich 2022 erhöht.

Die Tendenz zu einer verstärkten Fragmentierung der Regulierung von Finanzmärkten besteht weiterhin. Regulatorische Fragmentierungen können zu Verschärfungen in den Marktzugangsregimen für ausländische Anbietende führen. Damit verbunden sind häufig hohe Anforderungen ausländischer Behörden an den Informationszugang zur Beaufsichtigung grenzüberschreitend tätiger Finanzinstitute. So kann beispielsweise gefordert werden, dass Schweizer Finanzinstitute Informationen direkt an ausländische Behörden übermitteln. Ausserdem sind an Marktzugänge in der Regel Kooperationspflichten zwischen Aufsichtsbehörden geknüpft.

Die EU diskutiert neuerdings eine Verschärfung der Regeln, wie Banken aus Nicht-EU-Staaten Kundinnen und Kunden in der EU ihre Dienste anbieten dürfen. Die vorgeschlagenen Regeln könnten die Geschäftsmöglichkeiten in der Schweiz in Bezug auf Kundinnen und Kunden aus der EU weiter einschränken. Hinzu kommt, dass es aufgrund fehlender Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zu keinen

nennenswerten Verbesserungen in Finanzmarktfragen gekommen ist.

Zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Marktzugangs strebt die Schweiz im Verhältnis zum Vereinigten Königreich eine engere Zusammenarbeit im Finanzmarktbereich an. Insgesamt bleiben die Entwicklungen im Bereich Marktzugang für das grenzüberschreitende Geschäft aber weiterhin mit viel Rechtsunsicherheit verbunden und können zu zusätzlichen Kosten für Finanzinstitute führen. Sodann können die Einschränkungen bei der Erbringung von grenzüberschreitenden Finanzdienstleistungen zu Verlagerungen ins Ausland führen und damit den Schweizer Finanzplatz nachhaltig schädigen.

Aufsichtsfokus der FINMA

Anhand der vorhergehend beschriebenen Risiken legt die FINMA ihren Aufsichtsfokus fest. Sie verfolgt dabei insbesondere die folgenden Stossrichtungen.

Das **Zinsrisiko** ist Gegenstand des Aufsichtsdialogs zwischen der FINMA und den beaufsichtigten Instituten. Die FINMA begleitet die Banken bei Zinsrisiko-Stresstests und untersucht Banken mit erhöhtem Zinsrisiko vertieft. Zudem ergreift sie weiterhin Kapitalmassnahmen für besonders exponierte Institute. Ein Zinsschock könnte auch auf die verschiedenen Versicherungssektoren Auswirkungen haben. Im Rahmen der laufenden Aufsichtstätigkeit ist insbesondere bei Versicherungsunternehmen die Angemessenheit von Rückstellungen weiterhin ein zentrales Thema.

Auch das **Kreditrisiko bei Hypotheken** ist ein Kernthema der Aufsichtstätigkeit. Die FINMA führt Vor-Ort-Kontrollen durch und verschafft sich einen Überblick über die Kreditvergabekriterien. Zudem analysiert sie die neu abgeschlossenen Hypotheken. Die FINMA führt mit einzelnen Banken weiterhin Stresstests für Hypothekarrisiken durch. Sie wählt dabei risikobasiert Banken aus, um deren Resilienz in einer Immobilienkrise zu analysieren. Zudem ergreift sie weiterhin Kapitalmassnahmen für besonders exponierte Institute. Für systemrelevante Banken führt die FINMA zusätzlich umfassende Verlustpotenzialanalysen durch und berücksichtigt in den Stressszenarien ebenfalls bedeutende Preiseinbrüche bei Immobilien. In Bezug auf Basel III final setzt sich die FINMA für eine angemessene Umsetzung ein, um dank erhöhter Differenzierung in der Kapitalunterlegung die Risiken auf dem Hypothekarmarkt zu reduzieren. Im Asset Management nimmt die FINMA eine vertiefte Analyse der Schweizer Immobilienfonds vor. Im Versicherungsbereich erfolgen Stresstests, um den Einfluss der im Anlageportfolio gehaltenen Immobilien auf die Solvenz der Versicherungsunternehmen zu ermitteln.

Das **Kreditrisiko bei übrigen Krediten** ist vermehrt in den Aufsichtsfokus der FINMA gerückt. Im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine überwacht die FINMA ausgewählte Institute, die Exponierungen in Russland und der Ukraine zeigen. Darüber hinaus rechtfertigen potenzielle Kreditausfälle bei inländischen Banken, die sich aus steigenden Energiepreisen oder ernsthaften Versorgungsschwierigkeiten ergeben, einen besonderen Aufsichtsfokus. Bei den Grossbanken werden die Leveraged-Finance-Positionen intensiv beobachtet.

Weiter ist das **Risiko für höhere Renditezuschläge (Credit Spreads)** Gegenstand des Aufsichtsdialogs der FINMA. Die FINMA berücksichtigt dieses Risiko bei der Durchführung von regelmässigen Verlustpotenzialanalysen bei grösseren Instituten. Bei Grossbanken nimmt die FINMA eine monatliche Gewinn- und Verlustanalyse vor. Im Versicherungsbereich werden mögliche Wertverluste aufgrund von höheren Renditezuschlägen in den SST-Berechnungen berücksichtigt.

Basierend auf der aktuellen Bedrohungslage bezüglich **Cyberisiken** werden Aufsichtsschwerpunkte definiert und mittels Vor-Ort-Kontrollen, Aufwandsgesprächen, spezifischer Stressszenarien und weiteren Massnahmen bei den Beaufsichtigten geprüft. Mit der Veröffentlichung der Statistik zu den gemeldeten Cyberattacken nach [FINMA-Aufsichtsmittlung 05/2020](#) informiert die FINMA die Öffentlichkeit über aktuelle Risiken und potenzielle Angriffswege und -methoden. Die FINMA führt eine Totalrevision des Rundschreibens «Operationelle Risiken – Banken» durch, wobei der Bereich zu den Cyberisiken überarbeitet wird. Zudem ist die FINMA Mitglied in nationalen Gremien zur Cyberstrategie und zum Schutz kritischer Infrastrukturen. Auch in einer Arbeitsgruppe des Finanzstabilitätsrats (FSB), in dem eine globale Harmonisierung der Meldepflicht von Cyberattacken angestrebt wird, ist die FINMA vertreten.

In der Aufsicht über **Geldwäscherei und Sanktionen** gibt die FINMA ein Prüfprogramm vor, das unterschiedliche Geschäftsmodelle berücksichtigt. Umfang und Inhalt der Prüfung hängen vom Geldwäschereirisiko des zu prüfenden Finanzinstituts ab. Die FINMA fokussiert weiterhin auf das Risikomanagement bei Finanzinstituten, die politisch exponierte oder staatsnahe Kundinnen und Kunden betreuen. Sie führt in diesem Bereich regelmässige Vor-Ort-Kontrollen durch. Dazu stehen komplexe Strukturen und Tätigkeiten im Kryptobereich im Vordergrund. Bezüglich des Umgangs mit digitalen Vermögenswerten wurden spezifische Massnahmen ergriffen, um das Geldwäschereirisiko zu mindern, die mittels Vor-Ort-Kontrollen überprüft werden. Im Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen steht die FINMA mit beaufsichtigten Instituten und dem SECO in engem Kontakt und nimmt spezifische Vor-Ort-Kontrollen und Abklärungen im Sanktionsmanagement vor.

Die FINMA verfolgt die Rechts- und Reputationsrisiken im Zusammenhang mit dem **Zugang zu ausländischen Märkten** weiterhin eng und sensibilisiert betroffene Institute im Aufsichtsdialog für die Problematik. Sie unterstützt die politischen Behörden in der Schweiz in ihren Äquivalenzbestrebungen auf technischer Ebene sowie bei ihren Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich für eine gegenseitige Anerkennungsvereinbarung im Finanzbereich. Weiter empfiehlt die FINMA, wie die Partnerbehörden im europäischen Raum, die zeitnahe und möglichst umfassende Umsetzung des Basel-III-Standards. Dies ist nicht nur der Resilienz im Bankensektor förderlich, sondern auch dem Marktzugang.

Längerfristige Trends und Risiken

Die FINMA identifiziert im Rahmen der Risikoüberwachung wichtige Trends und Risiken, die den Finanzplatz Schweiz längerfristig beeinflussen können. Letztes Jahr wurden an dieser Stelle Klimarisiken und Greenwashing behandelt. Nachfolgend beleuchtet die FINMA den Trend hin zu sogenannten Decentralized-Finance-Applikationen auf zugangsoffenen Blockchain-Infrastrukturen.

Decentralized Finance (DeFi)

Unter dem Begriff Decentralized Finance oder kurz DeFi werden sehr unterschiedliche Anwendungen auf der Grundlage von Blockchain-Infrastrukturen zusammengefasst, die Finanzmarktanwendungen wie Handels- oder Kreditgeschäfte ermöglichen. Gemeinsam ist DeFi-Projekten insbesondere, dass sie zugangsoffene Blockchain-Infrastrukturen wie Ethereum oder Solana verwenden, um Finanztransaktionen weitestgehend automatisiert und ohne Beteiligung traditioneller Finanzintermediäre abzuwickeln. Zum Beispiel können so Zahlungs- oder Anlage-Token ohne Beteiligung eines beaufsichtigten Handelsplatzes gehandelt werden. Oft müssen für die Nutzung von DeFi-Applikationen Vermögenswerte als Sicherheiten hinterlegt werden. Die Nutzung steht in der Regel allen offen.

In den letzten Jahren haben DeFi-Applikationen viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die Initiantinnen und Initianten solcher Projekte vertreten die Ansicht, dass DeFi den Finanzmarkt strukturell grundlegend verändern kann. Entgegen dem Anliegen der Dezentralisierung werden DeFi-Projekte aktuell jedoch oftmals von nur wenigen Personen oder Unternehmen unterhalten, erheblich beeinflusst oder kontrolliert, was Fragen zu einer angemessenen Überwachung aufwirft. Ein weiteres Problem ist die mangelnde Transparenz vieler Projekte aufgrund der nur sehr beschränkten öffentlich verfügbaren Informationen. Die FINMA stellt bei der Würdigung von DeFi-Projekten auf eine wirtschaftliche Betrachtungsweise ab und wendet das geltende Recht an, entsprechend

dem Grundsatz «Same business, same risks, same rules».

Sollte sich die Vision der Durchdringung des Finanzmarktes mit tatsächlichen DeFi-Applikationen realisieren, so würden sich für die Regulatoren und Aufsichtsbehörden neue Herausforderungen ergeben:

- Die Verantwortung gemäss heutigem Finanzmarktrecht könnte nicht mehr klar zugeordnet werden.
- Bestehende regulatorische Konzepte könnten mangels identifizierbarer Intermediäre ins Leere greifen. Nachdem DeFi-Projekte zudem wohl oft keine erkennbare Präsenz oder Substanz in einem bestimmten Land hätten, würden sich Fragen zur örtlichen Zuständigkeit stellen.

Verwendung von DeFi-Applikationen

Die Verwendung von DeFi-Applikationen birgt Risiken. Hinsichtlich der Risikoexposition muss zwischen der Nutzung von DeFi durch Konsumentinnen und Konsumenten oder durch institutionelle Akteure unterschieden werden.

Nutzen Konsumentinnen und Konsumenten DeFi-Applikationen, riskieren sie in erster Linie den Verlust von Vermögenswerten, beispielsweise aufgrund erheblicher Marktschwankungen, Eingabefehlern, Bugs in den DeFi-Applikationen, Hacking oder Betrug.

Bei institutionellen Nutzern stehen primär operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken im Vordergrund. Gemäss [den im Februar 2022 veröffentlichten Analysen des FSB](#) bestehen bislang aufgrund des nach wie vor geringen Volumens keine systemischen Risiken. Bei umfangreicher Nutzung könnte aber die den DeFi-Ökosystemen inhärente Instabilität in den traditionellen Finanzmarkt überschwappen und dessen Stabilität gefährden. Das Geldwäscherisiko ist aufgrund der Anonymität bei den meisten DeFi-Applikationen allgemein hoch.

Die FINMA beobachtet den Trend hin zur vermehrten Entwicklung und Nutzung von DeFi-Applikationen eng. Dies gilt besonders, wenn FINMA-Beaufsichtigte DeFi-Applikationen nutzen oder nutzen wollen. Sie wendet bei entsprechenden Fragen die bewährten Grundsätze «Substance over form» und «Same risks, same rules» an und entscheidet stets aufgrund der tatsächlichen wirtschaftlichen Begebenheiten.

Abkürzungsverzeichnis

- BFS** Bundesamt für Statistik
- CDS** Kreditausfalltausch (Credit Default Swap)
- DeFi** Dezentralisierte Finanzwirtschaft (Decentralized Finance)
- DDoS** Versuch, einen Webserver oder ein Online-System durch Überlastung mit Daten zum Absturz zu bringen (Distributed Denial of Service)
- EU** Europäische Union
- FSB** Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board)
- GoAML** System/Software zur Entgegennahme und Bearbeitung von Geldwäschereiverdachts-Meldungen (Anti-Money-Laundering System) der MROS
- IAZI** Informations- und Ausbildungszentrum für Immobilien AG
- MROS** Meldestelle für Geldwäscherei (Money Laundering Report Office Switzerland)
- SECO** Staatsekretariat für Wirtschaft
- SST** Schweizer Solvenztest für Versicherungsunternehmen
- USA** Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America)

Impressum

Herausgeberin

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA
Laupenstrasse 27
CH-3003 Bern

Tel. +41 (0)31 327 91 00

Fax +41 (0)31 327 91 01

info@finma.ch

www.finma.ch

Herstellung

Stämpfli Kommunikation, Bern

10. November 2022